

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016**

Sitzung Nr. 3 Ö

am Dienstag, 01. März 2016

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter
Back, Udo
Dittmann, Rouven
Geider, Adolf
Grün, Klaus
Heger, Rudi
Heger, Roman
Kamuf, Carsten
Klemenz, Birgit
Knopf, Norbert
Köck, Siegfried
Krenzke, Marina
Rehorst, Tobias
Ronellenfisch, Andrea
Runde, Anneliese
Schell, Achim
Speckert, Ferdinand
Thome, Manuel
Weis, Torsten
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Anette Reich

Gäste: Dietz, Peter
Kleiber, Werner
Zorn, Harry
Dipl.- Ing. Adriane Ahrens (TOP 4)
Dr. Ing. Judit Tevesz (TOP 4)
Hansjörg Düllmann, Fa. ADITO (TOP 12)

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 22:30 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 19.02.2016 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 20 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Herling, Michael und Gemeinderat, Vetter Theo

Es fehlen unentschuldigt: keine

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 16.02.2016	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Das öffentliche Sitzungsprotokoll vom 16.02.2016 kann nicht offengelegt werden, da das Protokoll noch nicht vorliegt.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Herr Gemeinderat Achim Schell** und **Herr Gemeinderat Manuel Thome** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	Tagesordnungspunkt: 3 - 022.3 -
---	--

Ausführungen und Beschluss:

Es liegen keine Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung vor.

Gemeinderat Siegfried Köck beantragt nach § 17 Abs. 3 Geschäftsordnung des Gemeinderates, die Verhandlung über Tagesordnungspunkt 11 und 12 zu vertagen, weil seine Fraktion mehrere Varianten gegenüber gestellt bekommen möchte und viele Fragen hat.

Gemeinderat Norbert Knopf spricht sich gegen eine Vertagung aus.

Bürgermeister Dr. Eger stellt Einvernehmen darüber her, dass die beiden Tagesordnungspunkte andiskutiert werden, um Fragen bereits zu stellen, damit kein Zeitverlust entsteht, dass aber nicht zwingend heute eine Entscheidung getroffen wird.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö Autobahn A 5 im Bereich St. Leon-Rot, Neubau von drei Brückenbauwerken hier: Wünsche, Anregungen und Forderungen der Gemeinde St. Leon-Rot zur Querschnittsgestaltung; Kostenübernahmevereinbarung - 651.15 -	Tagesordnungspunkt: 4
--	------------------------------

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat erhält als Tischvorlage eine Ergänzung zur Vorlage vom 28.02.2016.

Bauamtsleiter Werner Kleiber informiert, dass das Regierungspräsidium erst gestern bemerkt hat, dass bei der Kostenzusammenstellung die Ablösebeträge nicht aufgeführt waren. Deswegen sind die Beschlussvorschläge in der Tischvorlage entsprechend angepasst. Er hält Sachvortrag gemäß der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger bemängelt, dass das Regierungspräsidium für die bei der Überführung der L 546 Variante 2 – Wunsch der Gemeinde nach beidseitigem Geh- und Radweg - keine Planskizze gefertigt hat.

Gemeinderat Siegfried Köck sieht im Falle eines Radweges auf der Nordseite der L 546 ein Problem bei der Überquerung des fünfarmigen Kreisels am Harres. Diese Situation soll bei einer Verkehrsfahrt auf Sicherheit und Realisierbarkeit überprüft werden. Seine Fraktion trägt die Verbreiterung an der Nordseite im Interesse von Weitblick und Nachhaltigkeit mit. Ebenso unterstützt er die Fahrbahnverbreiterung um 0,5 Meter und die Verbreiterung des Geh- und Radweges auf der Südseite auf 3,50 Meter. Im Falle einer positiven Stellungnahme regt seine Fraktion einen durchgehenden Radweg vom Einkaufszentrum zur Roter Straße auf der Nordseite an. Bezüglich der Überführung des Kehrgrabens unterstützt seine Fraktion den Verwaltungsvorschlag im Hinblick auf das zukünftige Jugendzentrum, das Schwimmbad und die neue Mitte. Bezüglich der Überführung Kronauer Straße/Kraichbach unterstützt er Variante 4, besonders im Hinblick darauf, dass bei der Ortsumfahrung St. Leon die Südumgehung nicht außer Betracht gelassen werden soll. Er möchte Lärmschutz und Statik auf beiden Seiten der Autobahn berücksichtigt wissen und wünscht eine LED-Beleuchtung nach dem neuesten Sicherheitstechnikstand.

Gemeinderat Rudi Heger unterstützt bei der Überführung L 546 die weitblickende Planung Variante 2 mit beiderseitigen Rad- und Gehwegen. Bei der Überführung Kehrgraben schließt er sich dem Verwaltungsvorschlag an. Bei der Überführung Kronauer Straße/Kraichbach favorisiert seine Fraktion die Variante 3, weil ein Radweg auf der nördlichen Seite Richtung Ort aufgrund der Grundstückssituation im Nichts enden würde. Er favorisiert stattdessen die Verbreiterung auf der bestehenden Seite.

Bürgermeister Dr. Eger bestätigt, dass die Realisierbarkeit eines Radweges auf der Nordseite der Kronauer Straße eher schwierig werden wird, aus der Bevölkerung aber auch immer der Wunsch nach mehr Durchlässigkeit präsent ist. Er räumt ein, dass die Südumgehung bei dieser Planung nicht berücksichtigt ist, weil es hier um ganz andere Breiten gehen würde.

Bauamtsleiter Werner Kleiber ergänzt, dass mit dem Hebewerk an der Kronauer Straße ein unverrückbarer Fixpunkt besteht, der es mehr als unrealistisch erscheinen lässt, dass hier eine Anbindung der Südumgehung möglich werden könnte.

Frau Adriane Ahrens informiert, dass das Regierungspräsidium bei der Planung der Überführung Kronauer Straße/Kraichbach von einer Zweifeldbrücke auf eine Einfeldbrücke übergehen möchte, so dass die Mittelstütze entfällt und die Situation in jedem Fall offener wirken wird.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016**

Gemeinderat Roman Heger befürwortet bei der L 546 die beidseitige Fahrbahnverbreiterung auf 3,25 Meter, beim südlichen Fuß- und Radweg die größtmögliche Breite und im Sinne der Weitsicht die Einplanung eines Fuß- und Radweges auf der Nordseite. Beim Kehrgraben ist man für den Verwaltungsvorschlag eines Fuß- und Radweges und bei der Kronauer Straße für die Verbreiterung der Fahrbahn auf 6,00 Meter sowie einen entsprechend groß gebauten Fuß- und Radweg auf der Südseite unter Verzicht eines Radweges auf der Nordseite.

Gemeinderat Ferdinand Speckert bringt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass die Planunterlagen des Regierungspräsidiums nicht dem Wunsch der Gemeinde entsprechen. Er lehnt jeden kleinlichen Kompromiss ab und stimmt für jede Maßnahme, die zum äußeren Rand führt, damit keine Chancen für zukunftsweisende Infrastrukturmaßnahmen verpasst werden. Er fordert die Planungsträger auf, auf die Wünsche des Gemeinderates besser einzugehen.

Gemeinderat Manuel Thome befürwortet für seine Fraktion bei der L 546 und beim Kehrgraben die größtmögliche Erweiterung. Bei der Überführung Kronauer Straße ist man für Variante 3, da ein Radweg auf der Nordseite ins Nichts führen würde.

Gemeinderat Norbert Knopf regt für die Grünen an, den Weg an der Landesstraße statt 1,80 m auf 2,50 m Nutzbreite zu erweitern und diese 70 cm bei der Kronauer Straße einzusparen. Er warnt davor, in die Kronauer Straße eine Südumgehung hineinzulegen. Er hält dort einen 1,80 m breiten Gehweg auf der Nordseite für ausreichend. Zudem hätte man weniger Probleme mit der Verschwenkung der Straße. Er möchte wissen, ob das Gelände an der Landesstraße bleibt.

Frau Adriane Ahrens antwortet, dass das Gelände nicht mehr nötig ist, da ein Sicherheitsstreifen von 70 cm ausreichend ist.

Bauamtsleiter Werner Kleiber weist darauf hin, dass die gewünschten Änderungen ca. 250.000,- € mehr Beteiligung zuzüglich Ablösesumme auslösen werden.

Bürgermeister Dr. Eger schlägt bei der Kronauer Straße einen Mittelweg vor dergestalt, dass Variante 3 zuzüglich 50 cm realisiert wird, was zwar nicht für einen beidseitigen Fuß- und Radweg reicht, aber genügend Spielraum für zukünftige Anforderungen aufgrund von möglichen Vorschriftenänderungen lässt.

Frau Adriane Ahrens weist darauf hin, dass an einer Landesstraße die Baulast für den Gehweg bei der Gemeinde und für den Radweg beim Land liegt. Wenn die Gemeinde den Wunsch zur Verbreiterung des Brückenbauwerks auf der Nordseite hat, wird man darüber eine Vereinbarung finden, die jedoch nicht einen Radweg beinhaltet. Bezüglich eines politischen Verhandlungsauftrages verweist sie auf die Gleichbehandlung der Gemeinden.

Auf Frage von **Gemeinderat Tobias Rehorst**, ob das Hebewerk an seinem Standort unverrückbar ist, antwortet **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass dieses erst in all seinen Funktionen auf den neuesten Stand gebracht wurde und die Bauwerkssanierung erfolgte.

Gemeinderätin Marina Krenzke ist dafür, die Öffnungen zwischen den Ortsteilen so groß wie möglich zu gestalten, dementsprechend auch an der Kronauer Straße 50 cm zuzulegen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt:

1. eine Mehrkostenüberenahmevereinbarung für die Überführung der L 546 in Höhe von 12 % der voraussichtlichen Herstellungskosten bzw. ca. 122.000 € (Variante 2) zzgl. eines Ablösebetrags in Höhe von ca. 37.000 € mit der Maßgabe, dass auch auf der Nordseite eine Breite von 3,50 m vorgesehen werden soll, sowie
2. eine Mehrkostenüberenahmevereinbarung für die Überführung des Kehrgrabens in Höhe von 24,5 % bzw. ca. 275.000 € zzgl. eines Ablösebetrags in Höhe von ca. 90.000 € sowie
3. eine Mehrkostenüberenahmevereinbarung für die Überführung der Kronauer Straße und des Kraichbachs in Höhe von 7,3 % bzw. ca. 118.000 € (Variante 3) zzgl. eines Ablösebetrags in Höhe von ca. 41.000 € mit der Maßgabe, dass noch 50 cm Breite zugelegt werden

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016**

mit dem Bund/Land, vertreten durch das Regierungspräsidium Karlsruhe, abzuschließen.

Die Mittel sind im Haushalt 2017 einzustellen.

Die prozentualen Kostenbeteiligungen sowie die Ablösebeträge bei 1. und 3. sind gemäß den ergänzten Wünschen der Gemeinde anzupassen.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Bebauungsplan „Schiff II“	
1. Beschlussfassung über die im Rahmen der vorzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB und im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit vorgebrachten Anregungen	
2. Weiteres Verfahren	- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage und verweist auf die Tischvorlage als Ergänzung von Seite 3 der Anlage.

Alle Fraktionen signalisieren Zustimmung.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die im Rahmen der vorzeitigen Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen/Abwägungen gemäß der beigefügten Liste.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, insbesondere mit der erneuten Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Schiff II“	
1. Beschlussfassung über die im Rahmen der vorzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB und im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit vorgebrachten Anregungen	
2. Weiteres Verfahren	- 621.41 -

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die im Rahmen der vorzeitigen Beteiligung der Fachbehörden vorgebrachten Anregungen/Abwägungen nach der Liste unter TOP Bebauungsplan „Schiff II“.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Flächennutzungsplan St. Leon-Rot 2020, 1. Teiländerung	
1. Beschlussfassung über die im Rahmen der vorzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB und im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit vorgebrachten Anregungen	
2. Weiteres Verfahren	- 621.41 -

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag gemäß Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die im Rahmen der vorzeitigen Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen gemäß der beigefügten Liste.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, insbesondere mit der erneuten Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016**

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Am Friedhof, östlicher Teil“ nach § 12 BauGB	
1. Beschlussfassung über die im Rahmen der vorzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB und im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit vorgebrachten Anregungen	
2. Weiteres Verfahren	- 621.41 -

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat beschließt die im Rahmen der vorzeitigen Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen gemäß der beigefügten Liste.**
- 2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, insbesondere mit der erneuten Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB.**

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Flächennutzungsplan St. Leon-Rot 2020	
1. Beschluss zur 2. Teilfortschreibung	
2. Annahme Entwurf	
3. Weiteres Verfahren	- 621.41 -

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Tobias Rehorst sieht in der jetzigen Planung eine positive Aufwertung des Freizeitangebotes im Umfeld des St. Leoner Sees. Das Baufenster soll möglichst genau präzisiert, die Querung der Landstraße und die Parkplatzausweisung geklärt werden. Auf seine Frage nach notwendigen Ausgleichsmaßnahmen antwortet **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass der Ausgleich auf dem Gelände selbst erfolgen kann. Zur Landstraßenquerung müssen sich die Straßenverkehrsbehörde und das Regierungspräsidium noch äußern.

Gemeinderat Torsten Weis signalisiert Zustimmung, regt jedoch wegen der Bedenken hinsichtlich des hohen Verkehrsaufkommens ebenfalls eine Querung an, die mit gelben Signallichtern und Warnhinweisen „Fußgänger/Radfahrer“ versehen werden soll.

Gemeinderat Roman Heger signalisiert ebenfalls Zustimmung und wünscht, die Notwendigkeit einer Querungshilfe zu prüfen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert ist der Meinung, dass diese Flächennutzungsplanung mehr Verkehr in den Ortsteil St. Leon bringt und die Verkehrssituation dort verschärft. Daher kann seine Fraktion der Sache nicht zustimmen.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass man die Nutzerfrequenz bei dieser 18-Loch-Anlage ziemlich genau errechnen kann, doch handelt es sich verglichen mit den Badegästen am See um eine kaum nennenswerte Verkehrssteigerung im Promillebereich.

Gemeinderat Manuel Thome begrüßt die geplante Anlage und merkt an, dass hierfür 7 Hektar landwirtschaftliche Fläche bereitgestellt werden.

Gemeinderätin Marina Krenzke fragt nach den Bäumen, die nach der Rückführung in landwirtschaftliche Fläche stehen bleiben sollten.

Bürgermeister Dr. Eger bestätigt, dass die Bäume an der Stelle bleiben, sofern das Land nichts verändert.

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

- 1. Die 2. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes 2020 St. Leon-Rot wird beschlossen. Gegenstand der Änderung sind zwei Grundstücke auf Gemarkung St. Leon. Eine Teilfläche von Flst.Nr. 4832/7 mit rund 4 ha mit Ausweisung als „Grünfläche Baumschule“ wird in „Grünfläche Fußballgolf“ geändert. Bei Flst.Nr. 5651 mit rund 7 ha wird die bisherige Ausweisung als „Grünfläche Baumschule“ in „Fläche für Landwirtschaft“ geändert. Das Verfahren erhält die Bezeichnung „Flächennutzungsplan St. Leon-Rot 2020, 2. Teiländerung“.**
- 2. Der Entwurfsplan des Büros MVV Regioplan vom Januar 2016 wird angenommen.**

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016**

3. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 S. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö
Bebauungsplan „Soccerpark Rhein-Neckar“
1. Aufstellungsbeschluss
2. Annahme Entwurf
3. Weiteres Verfahren

Tagesordnungspunkt: 10

- 621.41 -

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 18 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes "Soccerpark Rhein-Neckar" nach § 2 Abs. 1 BauGB wird beschlossen. Die Gebietsabgrenzung ergibt sich aus dem Entwurf.
2. Der beiliegende Entwurf mit Begründung und Umweltbericht vom Januar 2016 wird angenommen.
3. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö
Errichtung von betreuten Wohnungen für Senioren beim
Caritas Seniorenzentrum St. Leon-Rot
hier: Auswahl eines neuen Bauträgers
Veräußerung von Teilflächen des Grundstückes Flst.Nr. 6724

Tagesordnungspunkt: 11

- 632.6

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage. Der Caritas bleibt eine großzügige Erweiterungsfläche. Die Dreigeschossigkeit könnte der Lärmschutzabschottung zur Autobahn dienlich sein.

Gemeinderat Siegfried Köck beantragt für seine Fraktion, das Projekt in Eigenregie der Gemeinde umzusetzen, um selber Wohnungen verkaufen oder gegen andere Wohnungen tauschen zu können. Im Falle der Überlastung der Verwaltung soll man hierzu einen Architekten beauftragen. Falls der Antrag keine Mehrheit findet, wünscht man sich die Vorstellung der Konzepte.

Bürgermeister Dr. Eger gibt zu bedenken, dass die Gemeinde bisher noch keine Bauträgerschaft übernommen hat und Gewährleistungsansprüche zu beachten sind.

Gemeinderat Rudi Heger signalisiert Zustimmung für eine Dreigeschossigkeit, würde die Gemeinde jedoch nicht als Bauherr favorisieren.

Gemeinderat Carsten Kamuf begrüßt die Schaffung von altengerechten Wohnungen. Er will jedoch erst nach Vorstellung der Konzepte entscheiden. Seine Fraktion ist für die Beschränkung der Wandhöhen und möchte die Erhöhung der Stellplätze von 1 auf 1,5 pro Wohneinheit anheben.

Bürgermeister Dr. Eger entgegnet, dass die praktische Erfahrung bisher gezeigt hat, dass ein Stellplatz mehr als genug ist, selbst wenn Besucher kommen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert möchte, dass es gegenüber der Wohnbebauung am Vorderen Harres bei der Begrenzung auf zweigeschossige Bebauung bleibt, wie 2010 festgehalten wurde. Er befürchtet eine höhere Verschattung und Anspannung der Parkplatzsituation.

Gemeinderat Rouven Dittmann ist der Meinung, dass sich die Dreigeschossigkeit in die vorhandene Bebauung gut einfügt. Er bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme, ob und in welchem zeitlichen Rahmen die vorgeschlagene Übernahme der Bauträgerschaft leistbar ist.

Gemeinderätin Marina Krenzke ist für eine dreigeschossige Bauweise im Interesse einer Wohnraumverdichtung und geringeren Bodenversiegelung. Die Lärmschutzwirkung Richtung Rot sieht sie positiv. Über die Bauträgerschaft soll erst nach Vorstellung der Konzepte entschieden werden. Die Verwaltung soll ihre Kapazität zur Übernahme einer Bauträgerschaft prüfen. Ebenfalls geprüft werden soll, ob nur 0,8 Stellplätze pro Wohneinheit ausreichen. Sie hebt hervor, dass die Fraktion der Grünen für den sozialen Wohnungsbau ein-

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016

tritt. Im Zusammenhang mit dem Kauf der Kramer Mühle stellt sie klar, dass die Grünen dem Mühlenkauf auch zugestimmt hätten ohne eine Verknüpfung mit sozialem Wohnungsbau.

Auf Nachfrage von **Gemeinderätin Anneliese Runde** antwortet **Bürgermeister Dr. Eger**, dass man dem Bauträgergrundstück keine weitere Fläche von Flurstück 6724 zuschlagen sollte, um dem Caritaspflegeheim im Hinblick auf denkbare Anforderungsänderungen in der Pflegeheimstättenverordnung genügend Entwicklungsoptionen zu belassen. Er schätzt, dass das derzeit von der Geschäftsführung verfolgte Konzept städtebaulich vom Gemeinderat nicht unterstützt werden wird.

Gemeinderat Tobias Rehorst möchte im Hinblick auf die neu entstehende Häuserfront die Durchlüftung des Wohnquartiers sichergestellt wissen und fragt, ob die Wohnungsvergabe auch dinglich gesichert wird.

Bürgermeister Dr. Eger hält die Abstandsflächen für großzügig genug. Wenn der Gemeinderat bestimmte Vorgaben bei der Vergabe der Wohnungen wünscht, müsste er dieses dem Bauträger entsprechend signalisieren. Er macht darauf aufmerksam, dass es hier doch sehr komplizierte Fall- und Lebensgestaltungen gibt. Er stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Einer dreigeschossigen Bauweise in Anlehnung an den Bestand wird zugestimmt.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 16 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, ohne Enthaltungen zu.

Gemeinderätin Anneliese Runde nimmt an der Abstimmung wegen vorübergehender Abwesenheit nicht teil.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 12
Vergabe von Baugrundstücken der Gemeinde	-880.61.10 -

Kämmereileiter Harry Zorn hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Herr Hansjörg Düllmann, Firma ADITO, erläutert, dass eine konkretere architektonische Durchplanung aus Kostengründen jetzt noch nicht vorliegt. Fest steht, dass man den Raum und die Höhe ausnützen, für Schallschutz sorgen und ein Pultdach vorsehen möchte, gerne auch begrünt. Er rechnet mit 15 – 17 Wohnungen.

Gemeinderäte Siegfried Köck und **Prof. Dr. Wolfgang Werner** legen Wert auf eine Auflösung des massiven Baukörpers.

Gemeinderat Achim Schell schließt sich dem an und fordert genügend Stellplätze.

Gemeinderat Ferdinand Speckert reklamiert die Einhaltung des Bebauungsplanes aus Gründen der Planungssicherheit für die Bevölkerung. Auch die Verschattung ist für ihn ein wichtiger Punkt.

Gemeinderat Rouven Dittmann wünscht sich an dieser Stelle ein architektonisches Schmuckstück und signalisiert ansonsten Zustimmung.

Gemeinderat Norbert Knopf hat keine Bedenken unter der Bedingung, dass die Grenzwerte eingehalten werden. Ihm reicht beim betreuten Wohnen ein kleiner Stellplatzfaktor. In der Erwartung, dass dem Rohentwurf ein konkreter Plan folgt, kann er im Grundsatz zustimmen.

Herr Hansjörg Düllmann sagt einen architektonisch aktualisierten Planentwurf in Abstimmung mit dem Bauamt zu.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt der Veräußerung des Baugrundstückes Flst.Nr. 7462, Hauptstraße 200 in Rot, mit 1.216 qm an die Firma Adito mit der Maßgabe zu, dass auf der Grundlage des geltenden Bebauungsplanes Entwürfe zur Beratung und Entscheidung im Ausschuss für Umwelt und Technik vorgelegt werden.**
- 2. Der Kaufpreis beträgt 285,00 €/qm zzgl. Anschlusspauschale von 2.200,00 €.**
- 3. Die Kosten des Verkaufs sind vom Erwerber zu tragen.**

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016**

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö Jahresunternehmerleistungen 2016/17 hier: Abschluss einer Rahmenvereinbarung	Tagesordnungspunkt: 13 - SA JUL 2016 -
---	---

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag gemäß Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, für die Jahresunternehmerleistungen im Tiefbau mit der Firma LW Bau aus Eppelheim eine Rahmenvereinbarung abzuschließen. Als Vertragsgrundlage werden die Einheitspreise aus den Leistungskatalogen 600, 606 und 615 mit einem Aufschlag von 5 % vereinbart, an die sich der Auftragnehmer bis zum 28.02.2017 bindet. Die konkrete Beauftragung erfolgt in Einzelaufträgen, in denen Leistungsumfang, Durchführungszeitraum und der Kostenträger festgelegt werden.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö Zuschussanträge nach Vereinsförderrichtlinien - FC Rot – Neubau eines Jugendhauses – - Kleintierzucht- und Vogelverein Rot – Sanierung Ententeich/Ziegengehege - Bogenschützen St. Leon-Rot – Anschaffung eines Traktors - Sportschützenverein Rot – Lärmsanierung	Tagesordnungspunkt: 14 552.10/552.15/552.9/552.
---	--

Komm. Hauptamtsleiterin Anette Reich hält Sachvortrag gemäß Sitzungsvorlage.

Gemeinderätin Anneliese Runde dankt dem FC Rot für dessen geplante umfangreiche Eigenleistung. Beim Kleintierzuchtverein soll kein Präzedenzfall geschaffen werden. Sie ist erfreut, dass der Traktor für die Bogenschützen schlussendlich weniger kostet. Sie unterstützt den Einbau des Lärmschutzsystems bei dem Sportschützenverein Rot.

Gemeinderat Klaus Grün stimmt für die FDP/SPD-Fraktion allen vier Zuschussmaßnahmen zu.

Gemeinderat Roman Heger signalisiert ebenfalls Zustimmung. Beim FC Rot geht er vom Vorliegen eines Finanzierungsplanes mit den Finanzierungszusagen aus. Der Zuschussantrag des Kleintierzuchtvereins kann nach entsprechender Vorprüfung durch die Verwaltung eigentlich nur auf 33 % lauten. Den Traktor für die Bogenschützen hält er zur Unterhaltung der Waldfläche für notwendig. Die Begründung der Vorlage von nur einem Angebot des Sportschützenvereins Rot ist für ihn nachvollziehbar.

Gemeinderat Udo Back unterstützt ebenfalls alle vier Zuschussanträge.

Gemeinderat Rouven Dittmann signalisiert ebenfalls Zustimmung für alle vier Zuschussmaßnahmen. Er regt an, dass die Gemeinde sich des Spielplatzes am Kleintierzuchtverein Rot annimmt, da er häufig von Kindergartengruppen aufgesucht wird und dadurch einen halb öffentlichen Charakter hat.

Komm. Hauptamtsleiterin Anette Reich sagt eine Prüfung zu und gibt zu bedenken, dass auch der Kleintierzuchtverein St. Leon einen Spielbereich hat.

Bürgermeister Dr. Eger schlägt vor, im Arbeitskreis Kinderbetreuung von den Kindergartenträgern eine Rückmeldung einzuholen, in welcher Häufigkeit Vereinsanlagen mit Kinderspielbereichen von Kindergartengruppen besucht werden. Seines Erachtens wohnt dem Zweck der Vereinsförderung bereits eine öffentliche Zugänglichkeit inne.

Gemeinderat Ferdinand Speckert betrachtet die Sache unabhängig von der Regelförderung. Nach seiner Beobachtung wird die Anlage vor allem von Kleinkindgruppen genutzt und er bittet, das Anliegen aufzugreifen.

Gemeinderätin Marina Krenzke signalisiert ebenfalls Zustimmung für alle vier Vereinszuschüsse.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Der FC Rot wird beim Neubau eines Jugendhauses/Mehrzweckgebäudes mit einem Gesamtaufwand von 238.718,76 € mit einem Zuschuss in Höhe von 33 %, maximal 78.777,19 €, unterstützt.**

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016

2. Der Kleintierzucht- und Vogelverein Rot wird bei der Sanierung des Ziegengeheges und des Ententeiches mit einem Gesamtaufwand von 17.320,45 € mit einem Zuschuss von 33 %, maximal 5.715,75 €, unterstützt.
3. Der Verein der Bogenschützen St. Leon-Rot wird bei der Beschaffung eines gebrauchten Traktors mit einem Gesamtaufwand von 3.100 € mit einem Zuschuss von 33 %, maximal 1.023 €, unterstützt.
4. Der Sportschützenverein Rot wird beim Einbau eines Lärmschutzsystems mit einem Gesamtaufwand von 26.773,43 € mit einem Zuschuss von 33 %, maximal 8.835,23 € unterstützt.

Die Mittel sind im Haushaltsplan 2016 veranschlagt.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 15
Einbahnstraßenregelungen	
Parkregelung auf öffentlichen Parkplätzen	
Antrag der Freien Wähler auf Rückbau der Ampelanlage	
Hauptstraße/Walldorfer Straße	112.21

Herr Manfred Back hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Bei der Sandgasse wurde ein vor Ort Termin vereinbart, bei der Kronauer Straße und der Neugasse wurde die Befragung schriftlich unter den Anwohnern und Grundstückseigentümern durchgeführt.

Bürgermeister Dr. Eger ist überrascht über das eher unentschiedene Meinungsbild in der Kronauer Straße. Er sieht keine zwingende Notwendigkeit für eine Einbahnstraßenregelung dort.

Gemeinderat Siegfried Köck ist enttäuscht, dass die Vorschläge für Einbahnstraßenregelungen, wie sie das Büro Modus Consult zur Verkehrsentslastung innerorts erarbeitet hat, so wenig Zustimmung finden. Er schlägt einem Probetrieb aller drei Einbahnstraßen für einen gewissen Zeitraum vor, um der Umsetzung des Verkehrsgutachtens eine Chance zu geben.

Bürgermeister Dr. Eger sieht das Dilemma, dass einerseits die Bevölkerung zu diesem Verkehrsgutachten einbezogen werden sollte. Wenn sich im Nachgang manche Empfehlungen zur Verkehrslenkung mehr oder weniger als Einzelwünsche manifestieren, ist eine Umsetzung aus seiner Sicht nicht zwingend notwendig.

Gemeinderat Rudi Heger möchte die Einbahnstraßen-Vorschläge von Modus Consult nicht gegen den Willen der Anwohner umsetzen.

Gemeinderat Roman Heger hält die Umsetzung der auf den Verkehrszählungen von Modus Consult basierenden Einbahnstraßenregelungen ebenfalls für problematisch, da sich nur 50 % der Anwohner gemeldet haben und bei einem Meinungsbild von 50:50 Ärger vorprogrammiert ist. Gleichwohl soll man die Sache im Auge behalten.

Gemeinderat Ferdinand Speckert ist verblüfft über das Ergebnis und ist der Meinung, dass man gegen eine Mehrheit keine Einbahnstraßenregelung anordnen soll. Es gibt rationale Gründe für die Vorschläge von Modus Consult, aber die Bürgeräußerung gilt es zu achten.

Bürgermeister Dr. Eger führt zur Wertigkeit von Fachgutachten aus, dass auch bei der Umgehungsstraße die Notwendigkeit fachlich festgestellt wurde, worauf sie in den Maßnahmenplan des Landes aufgenommen wurde, und man dennoch eine Bürgerbeteiligung in Form einer Bürgerbefragung durchführen möchte, die in die Entscheidungsfindung einfließen soll.

Gemeinderat Rouven Dittmann findet, dass man sich nicht gegen eine Mehrheit stellen soll.

Gemeinderat Norbert Knopf ist ebenfalls überrascht von dem Ergebnis der Befragung, plädiert jedoch für eine zweijährige Versuchsphase, da eine Einbahnstraße für die Anwohner einerseits eine Belastung darstellt, andererseits aber auch der Verkehrsfluss gewinnt und der Verkehr in der Straße abnimmt. Nach dem Versuch und vor einer endgültigen Entscheidung sollten die Anwohner noch einmal befragt werden. Der Verzicht auf einfache verkehrslenkende Maßnahmen wie eine Einbahnstraßenregelung legt für ihn den Umkehrschluss nahe, dass die verkehrliche Situation im Ausmaß offenbar nicht so dringend ist, so dass er es hinnehmen muss.

Gemeinderat Tobias Rehorst gibt zu bedenken, dass der Ansatz von Modus Consult durchaus berücksichtigt werden soll, dass im Falle einer Einbahnstraßenregelung der Verkehrsfluss sich auf andere Bereiche aus-

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016

dehnt und andere Betroffenenheiten ausgelöst werden. Insofern müsste man eigentlich die ganze Bevölkerung fragen, wenn man konsequent wäre.

Bürgermeister Dr. Eger stellt fest, dass die Straßenverkehrsbehörde entsprechend dem Meinungsbild der Anwohnerschaft keine Notwendigkeit für die Einbahnstraßenregelungen sieht. Er schätzt, dass sich nachhaltig nicht viel dadurch ändern würde.

Herr Manfred Back berichtet laut Sitzungsvorlage über die eingegangenen Stellungnahmen zur Parkregelung auf öffentlichen Parkplätzen. Den unterschiedlichen Bedürfnislagen gerecht zu werden ist im Einzelfall fast nicht möglich.

Bürgermeister Dr. Eger fügt hinzu, dass man für die Sozialstation noch prüfen muss, ob die bestehende Regelung ausreicht.

Gemeinderat Siegfried Köck signalisiert Zustimmung. Beim Parkplatz Leostraße bittet er darüber hinaus zu prüfen, ob den Mitarbeitern des Josefhauses und des Kindergartens „St. Josef“ eine kennzeichenbezogene Parkberechtigung eingeräumt werden kann. Das gleiche bittet er für den Kindergarten „Franziskushaus“ und die Sozialstation zu prüfen.

Gemeinderat Rudi Heger ist dafür, sich auf die Zwei-Stunden-Regelung mit entsprechender Ordnungsdienstkontrolle auf den öffentlichen Parkplätzen zu beschränken.

Gemeinderat Roman Heger signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Gemeinderat Ferdinand Speckert bittet um Berücksichtigung der Mitarbeiter der Sozialstation. Er stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu und bittet die Kontrollen mit Maß und Ziel durchzuführen.

Bürgermeister Dr. Eger weist auf das übliche Verfahren hin, dass die Bürger zunächst einige Zeit mit Hinweiszetteln informiert werden, bevor mit der Ahndung begonnen wird.

Gemeinderat Manuel Thome befürwortet die Parkregelung für seine Fraktion nach wie vor nicht. Er bittet jedoch den Bedarf der Sozialstation zu prüfen und plädiert für den Ankauf weiterer Grundstücke in beiden Ortsteilen, um Parkraum zu schaffen.

Gemeinderat Norbert Knopf wünscht die Parkregelung auf öffentlichen Parkflächen über zwei Jahre zu testen und die Entwicklung zu beobachten. Eine Befreiung wie z. B. für die Sozialstation sieht er kritisch, da es Aufgabe des Arbeitgebers ist, bei knappen Plätzen eine Stellplatzzuteilung vorzunehmen. Ausnahmeregelungen müssen sehr eng begrenzt werden.

Gemeinderat Udo Back spricht sich wegen des hohen Verwaltungs- und Beschilderungsaufwands gegen eine Parkregelung auf öffentlichen Parkflächen aus. Im Bereich Zehntstraße/Gasthaus „Zur Rose“ könnte er sich eine weitere Parklinie entlang der Nebenstraße vorstellen.

Bürgermeister Dr. Eger stellt fest, dass die Straßenverkehrsbehörde die Anordnungen nach Prüfung der Belange der Sozialstation treffen wird.

Gemeinderat Adolf Geider ist für eine umfassende Parkregelung in der Hauptstraße, Wieslocher Straße und Bahnhofstraße.

Gemeinderat Siegfried Köck beantragt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nach § 17 Abs. 3 Geschäftsordnung des Gemeinderates die Vertagung des Punktes „Rückbau der Ampelanlage Hauptstraße/Walldorfer Straße“ auf die nächste Sitzung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 16
Eigenkapitalzuführung an die Eigenbetriebe Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Erholungsanlage St. Leoner See	

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung des Eigenkapitals des Eigenbetrieb Wasserversorgung durch den Gemeindehaushalt in Höhe von 600.000 € zum 02.03.2016 zu.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 01.03.2016

2. Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung des Eigenkapitals des Eigenbetrieb Abwasserentsorgung durch den Gemeindehaushalt in Höhe von 1.000.000 € zum 02.03.2016 zu.
3. Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung des Eigenkapitals des Eigenbetrieb Erholungsanlage St. Leoner See durch den Gemeindehaushalt in Höhe von 450.000 € zum 02.03.2016 zu.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt:	17
Verbreiterung des „Sentner-Wegs“ im Bereich der Vereinsanlagen St. Leon		
Sachstandsinformation erforderlicher Grunderwerb	-880.61.9-	

Der Gemeinderat nimmt die Sachstandsinformation zur Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt:	18
Verschiedenes	- 022.3 -	

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass von den Gegnern der Generalverkehrsplan-Maßnahme Faltblätter ausgeteilt wurden, die das Gemeindewappen und den mit „nein“ angekreuzten Stimmzettel enthielten. Die Verwendung des Gemeindewappens wurde nicht genehmigt, deswegen wird die Verhängung eines Ordnungsgeldes geprüft, da eine hoheitliche Stellungnahme in Verbindung mit dem nicht als Muster gekennzeichneten Stimmzettel suggeriert wird. Dieser irreführende Sachverhalt ist aus seiner Sicht nicht zu akzeptieren

Sitzung am: Dienstag, 01. März 2016 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt:	19
Wünsche und Anfragen	- 022.3 -	

Gemeinderat Rouven Dittmann möchte sich vergewissern, ob man sich im Ausschuss nun gegen die Verlegung des Bolzplatzes im Neubaugebiet ausgesprochen hat.

Bürgermeister Dr. Eger stellt klar, dass dem Betroffenen signalisiert wurde, dass die Kosten ermittelt werden. Im Ausschuss wurde jedoch dargelegt, dass diese mit 120.000,- € unverhältnismäßig hoch wären, was dem Antragsteller noch mitzuteilen ist. Die Entscheidung im Ausschuss war schwierig, weil man zum einen gerne geholfen hätte, die Kosten jedoch unvertretbar hoch erschienen.

Gemeinderat Norbert Knopf berichtet über Beschwerden aus der Bürgerschaft, dass die Bürgerinformation zur Ortsumgehung sehr einseitig abgefasst ist, und er schließt sich dieser Meinung an. Er legt Wert auf die Feststellung, dass nicht der Gemeinderat, sondern die Verwaltung für den Inhalt dieser Bürgerinformationsbroschüre verantwortlich ist.

Bürgermeister Dr. Eger widerspricht dem Vorwurf der Einseitigkeit, Vor- und Nachteile sind in der Broschüre aufgeführt. Die Befragung richtet sich auf den Generalverkehrsplan des Landes und es ist nicht Aufgabe der Verwaltung, andere Wertungen vorzunehmen als der Verkehrsminister der Grünen. Die Gemeinde hat sich bemüht in den Generalverkehrsplan des Landes hineinzukommen, die Aufnahme selbst wurde letztlich jedoch durch die grün-rote Landesregierung entschieden. Für die Verwaltung stellte sich keine Notwendigkeit, sich mit der Broschüre gegen den Generalverkehrsplan des Landes zu positionieren.

Gemeinderat Klaus Grün möchte wissen, wie viele Sozialwohnungen und Wohnungen für Obdachlose die Gemeinde bei ihren Planungen vorsieht.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass es sich nicht um Sozialwohnungen im engeren Sinne als gefördertem Wohnraum mit zinsverbilligtem Darlehen handelt, sondern um Wohnungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit. Dabei ist es unerheblich, ob Menschen mit ausländischem Pass oder Deutsche einziehen. Aufgrund der drängenden Aufgabenstellung muss sich die Gemeinde auf die Vermeidung von Obdachlosigkeit konzentrieren und wird unterschiedliche Nutzerkonstellationen – Alleinstehende/Familien – berücksichtigen.

Gemeinderat Roman Heger bittet um einen Hinweis im Gemeindeblatt, dass das Beschädigen und Zerstören von Wahlplakaten eine Sachbeschädigung und damit eine Straftat darstellt.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert berichtet von einer positiven Resonanz aus der Bevölkerung über das Insekten- und Bienenhotel am St. Leoner See, das auf Initiative seiner Fraktion in den Haushalt aufgenommen und von der Verwaltung hervorragend und vorbildhaft umgesetzt wurde.